

Die Zeit,

Zeithistorie

3.12.76

Studenten von rechts

Zur Geschichte der Weimarer Republik / Von Kurt Sontheimer

Man könnte meinen, daß nach so vielen Jahren engagierter und intensiver historischer Forschung allzuviel Neues und Interessantes über die Geschichte der Weimarer Republik nicht mehr zutage zu fördern wäre. Und doch gibt es immer wieder Untersuchungen, die unser Blickfeld erweitern, indem sie neue Aspekte unserer Geschichte ans Licht heben. Dies gilt zweifellos für das Buch von

Michael H. Kater: „Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918 bis 1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik“; Hoffmann und Campe, Hamburg 1975; 361 S., 58,— DM.

Es werden auch überzeugende Belege dafür angeführt, daß die Republik es aus mancherlei Gründen an wirksamen Bemühungen hatte fehlen lassen, etwas für die verunsicherten und verarmten Studenten zu tun. Im Verhältnis zu anderen sozialen Schichten, die wie die Arbeiterschaft von der Umwälzung sogar einiges profitiert hatten, war die Studentenschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit materiell weitaus stärker benachteiligt.

Michael H. Kater: „Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918 bis 1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik“; Hoffmann und Campe, Hamburg 1975; 361 S., 58,— DM.

Es werden auch überzeugende Belege dafür angeführt, daß die Republik es aus mancherlei Gründen an wirksamen Bemühungen hatte fehlen lassen, etwas für die verunsicherten und verarmten Studenten zu tun. Im Verhältnis zu anderen sozialen Schichten, die wie die Arbeiterschaft von der Umwälzung sogar einiges profitiert hatten, war die Studentenschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit materiell weitaus stärker benachteiligt.

Die These ist plausibel, weil sie das Verhalten eines großen Teils der Studenten am Ende der Weimarer Republik schlüssig zu erklären scheint. Sie muß indessen die Tatsache vernachlässigen, daß andere Studenten, obwohl sie den gleichen Verhältnissen ausgesetzt waren, politisch anders optierten. Das Buch erklärt nur den studentischen Rechtsradikalismus, nicht das Gesamtphänomen. Der Verfasser stellt so den Gegensatz dieser Studenten zu ihren Professoren und zur rationalen Idee der Wissenschaft zu einseitig heraus — schließlich fehlte es der Weimarer Republik ja nicht an Wissenschaftlern, die aus ihren deutschen nationalen Herzen keine Mördergrube machten.

Bei den soeben veröffentlichten Arbeiten des leider früh verstorbenen politischen Wissenschaftlers und Verfassungstheoretikers Otto Kirchheimer geht es nicht um die Geschichte der Weimarer Republik, sondern um ein Stück bedeutsamer Zeitdiagnose des jungen Sozialdemokraten, der 1928 bei Carl Schmitt in Bonn promoviert hat.

Der Band enthält neben einem unergiebigem Auszug aus seiner Dissertation einige verfassungspolitische Aufsätze, die Kirchheimer in der Verfassungskrise der Republik für linke politische Organe geschrieben hat. Sie belegen die große analytische Begabung Kirchheimers, der in seinen Beiträgen die Ausgangslage und die Umwälzung der Weimarer Reichsverfassung vorbildlich erfaßt. Nach Kirchheimer beruhte die Weimarer Verfassung auf einem unentschiedenen Kompromiß zwischen einer bürgerlich-kapitalistischen und einer sozialistischen Demokratie, der sich zugunsten des Bürgertums verschob, bis dieses in der Zeit der Präsidialregierungen den Kompromiß ganz aufkündigte und sich der Diktatur näherte.

Der Band enthält neben einem unergiebigem Auszug aus seiner Dissertation einige verfassungspolitische Aufsätze, die Kirchheimer in der Verfassungskrise der Republik für linke politische Organe geschrieben hat. Sie belegen die große analytische Begabung Kirchheimers, der in seinen Beiträgen die Ausgangslage und die Umwälzung der Weimarer Reichsverfassung vorbildlich erfaßt. Nach Kirchheimer beruhte die Weimarer Verfassung auf einem unentschiedenen Kompromiß zwischen einer bürgerlich-kapitalistischen und einer sozialistischen Demokratie, der sich zugunsten des Bürgertums verschob, bis dieses in der Zeit der Präsidialregierungen den Kompromiß ganz aufkündigte und sich der Diktatur näherte.

Währenddessen tat die Sozialdemokratie noch immer so, als bestünde die Kompromißsituation fort, was Kirchheimer scharf kritisiert.

Neben einer langen Abhandlung über Carl Schmitts Schrift „Legalität und Legitimität“, die sich aller billigen Polemik enthält, bietet der Band noch drei Arbeiten über den nationalsozialistischen Staat, darunter vor allem den Beitrag „Staatsgefüge und Recht des Dritten Reiches“.

Der Herausgeber hat eine Einführung zu den hier gesammelten Aufsätzen Kirchheimers verfaßt, die leider wenig hilfreich ist, weil sie selektiv zitiert, was man bei der Lektüre der Texte ohnehin besser versteht, und die gerade dort die Antwort schuldig bleibt, wo man die Meinung des sich der Linken zurechnenden Herausgebers gern gewußt hätte. Luthardt hält diese Arbeiten Kirchheimers für ein „grundlegendes Kriterium zur Beurteilung des von der Sozialdemokratie unternommenen Versuchs, eine evolutionäre Befreiung der Lohnabhängigen in demokratisch-rechtsstaatlichem Rahmen zu betreiben“. Leider wendet er das „Kriterium“ nicht an. Kirchheimer, auch der frühe, läßt sich für eine rein materialistische Verfassungstheorie nicht einvernehmen. Er war und blieb ein sozialer Demokrat, vielleicht auch ein demokratischer Sozialist — ein Marxist aber war er nie, auch nicht in seinen Anfängen.

20 June 53

BIBLIOGRAPHIE

Walther Mediger: Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen. Georg Westermann Verlag, Braunschweig, 1952. 744 Seiten, 12 Abbildungen, Leinen DM 28,00.

Exakte wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur russischen Geschichte sind in Deutschland selten geworden. Walther Mediger, Dozent für Geschichte und Lektor für Russisch an der Technischen Hochschule Hannover, kommt das Verdienst zu, auf Grund reicher Archivalien namentlich im Staatsarchiv Hannover, ergänzt durch solche in Dresden, Berlin und Wien einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der europäischen Machtstellung und Bedeutung Rußlands vorgelegt zu haben. Der Verfasser wendet sich mit diesem Werk nicht nur an die wissenschaftliche Fachwelt. Er hat es verstanden, seiner Darstellung eine Form zu geben, die seinen Ausführungen in den am Problem Rußland interessierten Kreisen rege Aufmerksamkeit sichern dürfte.

Es ist hier nicht der Ort, den wissenschaftlichen Ertrag des Medigerschen Buches zu würdigen oder sich mit diesem kritisch auseinanderzusetzen. Nur kurz sei angemerkt, daß der Titel des Buches vielleicht nicht ganz dem Inhalt entspricht, scheint doch der Verfasser im Rahmen seiner Untersuchung „Moskaus Weg nach Europa“ — vielleicht bestimmt durch die reichen Quellenfunde — der Rolle und Bedeutung der Politik Hannovers allzu viel Aufmerksamkeit und Raum gewidmet zu haben.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Außenpolitik des russischen Kanzlers Alexei Petrowitsch Graf Bestuschew-Rjumin, der seine diplomatische Laufbahn noch unter Peter dem Großen begann und dann unter Elisabeth (1741 bis 1762) zum maßgebenden und leitenden Staatsmann aufstieg.

Hatte Peter Rußland im Nordischen Krieg durch den Erwerb Livlands und Estlands ein Fenster nach Europa aufstoßen wollen, so strebte Bestuschew danach, Rußland eine Vormachtstellung in Europa zu gewinnen. Das Emporkommen Preußens unter Friedrich dem Großen hatte das überkommene Gleichgewicht des europäischen Staatensystems ins Wanken gebracht. Als Gegengewicht konnte die Einbeziehung Rußlands wünschenswert erscheinen. So fanden Bestuschews Bestrebungen eine Resonanz. In Preußen glaubte er die Macht zu erkennen, die um ihrer Selbsterhaltung willen, solange sie Großmacht bliebe, danach trachten würde, „Rußland von jeglicher Mitwirkung an den europäischen Angelegenheiten abzuschneiden und mit Hilfe Asiens . . . in seine Grenzen einzuschließen“. Konsequenterweise sah er darauf, die preußische Großmacht zu zerschlagen. Der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges schien ihm die Erfüllung seiner Wünsche zu bringen. Er tat alles, um Rußland in den Krieg hineinzuführen. Wohl wurde er bald darauf gestürzt (25. 2. 1758), aber sein Werk überdauerte ihn: Im Ergebnis des Siebenjährigen Krieges erreichte Rußland eine ausschlaggebende Stellung im europäischen Staatensystem. Seine Armee hatte die Stählung und Vervollkommnung erfahren, die für die Machterweiterung Rußlands unter Katharina II. und die Durchführung der Bestuschewischen Eroberungstendenzen die notwendige Voraussetzung war.

In seinem politischen Testament von 1768 schrieb Friedrich der Große: „Der Zar Peter I. hat diesem Volk (den Russen), das vor ihm so gut wie unbekannt war, den ersten Anstoß gegeben; aber was für Fortschritt hat es seitdem gemacht! Und welche einem Wahnsinn zufolge trägt das verblendete Europa zu dem Aufstieg einer Nation bei, die ihm eines Tages verderblich werden kann? . . . Wir Fürsten Europas sind es, die Rußlands Anmaßung unterstützen. Unsere (Preußens) dauernden Zwistigkeiten mit dem Hause Österreich verhindern, daß ein gutes Bündnis zustande kommt, um sich den Unternehmungen dieser Nation zu widersetzen. Rußland macht sich unsere Fehler zunutze . . . und stark durch unsere Schwäche, maßt es sich eine Gewalt und Macht an, die zu verhindern künftig schwer fallen wird.“

Durch diese Worte wird jene Epoche gemein gegenwartsnahe, und darin liegt das Anziehende und Erregende des Medigerschen Buches für jeden, der wachen Sinnes die politische Gegenwart verfolgt. Dr. J. v. H.

Peter-Heinz Seraphim: Ostdeutschland und das heutige Polen. Georg Westermann Verlag, Braunschweig, 1953. 55 Seiten, 87 Kartenblätter von Gerhard Fischer. Leinen DM 12,00.

1937 gab Seraphim ein Text- und Kartenwerk „Polen und seine Wirtschaft“ heraus, das ein anschauliches und allseitiges Informationsmaterial über das damalige Polen brachte. Das neue Buch des Verfassers knüpft bewußt an dieses ältere Werk an. Im Textteil wird über die Entstehung des heutigen polnischen Staates rückblickend bis in die Zeit des ersten Weltkrieges berichtet. Die geographische und klimatische Beschaffenheit, die Bevölkerungsverhältnisse, der Staats- und Verwaltungsaufbau, die Wirtschaft, das Verkehrswesen und das Kulturleben werden behandelt. Eine Zeittafel gibt einen Überblick über die gesamte polnische Geschichte. Eine Fülle von graphischen Darstellungen erläutert die knappe, aber äußerst exakte Darstellung.

Bei der Schwierigkeit, aus den Ländern des sowjetischen Machtbereichs zuverlässige Angaben zu erhalten, kommt dem Werk eine besondere Bedeutung zu. Der überall durchgeführte Vergleich zwischen dem heutigen Polen und jenem vor dem II. Weltkrieg zeigt klar die unterschiedlichen Verhältnisse. Der wirtschaftliche Gewinn der ostdeutschen Gebiete bedeutet einen annähernd achtmal so großen Wertzuwachs wie der der an die Sowjetunion verlorenen Gebietsteile Ostpolens.

Seraphim verzichtet bewußt auf jede Wertung oder Polemik; er berichtet sachlich und nüchtern: Gerade dadurch gewinnen Text, Karten und graphische Darstellungen eine starke Überzeugungskraft. Jedem, der sich mit den Problemen der von Polen verwalteten deutschen Gebiete und des heutigen Polens beschäftigt, kann dieses Buch empfohlen werden. Dr. J. v. H.

Alfred Leutwein: Die „Technische Intelligenz“ in der sowjetischen Besatzungszone. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1953, 56 Seiten.

Die sogenannte Technische Intelligenz, nach bolschewistischer Auffassung keine eigene Klasse, sondern eine „Zwischenschicht“, verdankt ihr Entstehen und ihre Privilegien den Rücksichten auf die Planerfordernisse. Nicht nach ihrer geistigen Potenz, sondern ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit für die Produktion ausgesucht, hofft das Regime, einen bewußt ungenau umrissenen Personenkreis aus lediglich materiellen Gründen an den Staat zu binden, indem er aus der allgemeinen Misere herausgehoben wird. Der Bericht schildert im einzelnen die erheblichen materiellen Vorteile der Technischen Intelligenz, ihre teils sehr hohen Gehälter und Prämien, bevorzugte Versorgung mit Mangelwaren, zusätzliche Altersversorgung, gute Wohnbedingungen und günstige Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder.

Das sorgfältig erläuterte Muster eines sogenannten „Einzelvertrages“ belegt gleichzeitig die Vorteile für die Technische Intelligenz und die Unzulänglichkeit der im allgemeinen geltenden sozialen Bedingungen für die übrigen Arbeitnehmer, wie sie durch den staatlich diktierten Betriebskollektivvertrag festgelegt sind.

Stellt diese in sich schon stark differenzierte Bevorzugung gewisser produktionswichtiger Personengruppen bereits eine Inkonsequenz auf dem angeblichen Wege zur klassenlosen Gesellschaft und zugleich einen deutlichen Beweis für den auch hier vorliegenden Mangel dar, so zeigen die von Leutwein im 2. Teil geschilderten Schattenseiten die Problematik dieser Sonderstellung. Denn die Technische Intelligenz bezahlt ihre Vorteile mit einem besonderen Maß der Gefährdung. Da ihre Arbeit restlos der

Planerfüllung untergeordnet, sie selbst aber an der „Erstellung“ der Pläne nicht nennenswert beteiligt ist, besteht angesichts des überspitzten Prinzips der persönlichen Verantwortlichkeit für die leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft die ständige Gefahr, gegen die zahllosen, enggefaßten Gesetze und Verordnungen zu verstoßen. Diese Tatsache sowie die gewiß nicht ungewollt aufgerissene Kluft zwischen den Bevorzugten und der Masse der Arbeiter beeinträchtigt die Situation der Technischen Intelligenz am ungetrübten Genuß ihrer Privilegien.

Ein Anhang enthält instruktive neue Gehalts- und Prämientabellen. Dr. E. St.

Otto Kirchheimer: „The Government of Eastern Germany“ (in „Germany and the future of Europe“, ed. H. J. Morgenthau, Chicago Press 1951).

Kurt R. Grossmann: „Eastern Germany 1950“ (in „Political Science Quarterly“, März 1952).

Diese Analysen der politischen Situation der Sowjetzone sind zu den seltenen Versuchen einer Gesamtdarstellung der sowjetzonalen Entwicklung und Situation aus amerikanischer Sicht zu zählen. Der Abriß, den Kirchheimer, ein emigrierter deutscher Staatsrechtler, der jetzt für das State Department tätig ist, gegeben hat, gehört zu dem Besten, was auf so verhältnismäßig gedrängtem Raum überhaupt über die Sowjetzone gesagt worden ist und gesagt werden kann. Das Schwergewicht legt Kirchheimer auf die von der SED manipulierte soziale Umschichtung, die er mit allerdings nicht originalen, aber zuverlässigen Daten belegt. Mitte 1950 ergibt sich dabei als der Zeitpunkt (und auch das wird man bejahen dürfen), da im großen ganzen die vom Autor in ihrer außenpolitischen Bedeutsamkeit analysierten letzten Rücksichten auf nichtkommunistische Minderheiten gefallen sind. Kirchheimer, der mit Vorbehalt offenbar bei einem Teil seines Publikums vorhandenen Ansicht von der angeblich größeren sozialen Gerechtigkeit in der Sowjetzone gegenüber der Bundesrepublik entgegentritt, führt seinen Abriß auf die Alternativfrage hinaus, wie einerseits eine eventuelle restlose Verschmelzung der Sowjetzone mit dem Ostblock die Überbleibsel des immer noch, gemessen an den übrigen Satellitenstaaten, höheren Standards beeinflussen muß, und wie andererseits im Fall einer gesamtdeutschen Wiedervereinigung die sowjetzonalen Wirtschaftsexperimente mit den Wirtschaftsformen in der Bundesrepublik in Einklang zu bringen sind. —

Eine Studie, die in ihrer Wohlabgewogenheit auch gerade dem Leser in der Bundesrepublik gezielte Perspektiven vermittelt.

Die Studie von Grossmann sei in diesem Zusammenhang nur deswegen erwähnt, weil sie ein typisches Beispiel dafür ist, wie jemand, der ebenfalls mit den deutschen Verhältnissen vor 1933 wohlvertraut war, notgedrungen scheitern muß, sobald er sich ein Mosaikbild der Vorgänge in der Sowjetzone ausschließlich aus gelegentlichen Presseinformationen und Berichten von Gesinnungsfreunden zusammensetzen will. Grossmann geht am nervus rerum vorbei. Ihn als Protagonisten des Pazifismus beunruhigen in erster Linie die Indizien — wie er sie nach seinen Unterlagen zu sehen meint — einer Art militanter Refaschisierung der Sowjetzone unter kommunistischer Ägide und mit kommunistischem Akzent. Behauptungen wie die, daß über die Hälfte aller sowjetzonalen Spitzenfunktionen von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren eingenommen sei, und daß die Jugend der Sowjetzone in ihrer Mehrzahl bereits wieder von dem militanten Anstrich des Systems fasziniert sei (1950!), stimmen einfach nicht; gefährlich wird dieses Bild eines wirksamen Bündnisses kommunistisch-preußischer Militanz dadurch, daß der nur selten über die Sowjetzone informierte amerikanische Leser, wenn er einen solchen Beitrag in einer sehr seriösen Fachzeitschrift findet, überaus empfindlich reagieren kann. (Daß es dem Verfasser bei seinen Versuchen der Mosaikbildung an elementarer Anschauung gebricht, zeigt sich auch, wenn er weismachen will, daß jeder Arbeiter des Aue-Gebietes von anderthalb Polizisten bewacht wird.) Dr. E. R.

Germany Shapes Up This Way

Reviewed by
Richard M. Scammon

Director of elections research for
the Governmental Affairs Institute.

WEST GERMAN LEADERSHIP AND FOREIGN POLICY. Edited by Hans Speier and W. Phillips Davison. Row, Peterson.

THE LANDSLIDE re-election of West German Chancellor Konrad Adenauer gives a special timeliness to this study of German thinking on foreign policy problems. But the essays in this symposium rest on a broader base than that of foreign policy alone. In these studies are explored the "shared assumptions" of some of the most important segments of German social, political, and economic life.

Co-editor Hans Speier's introduction outlines the purpose of this volume: "... to ascertain the political views prevalent among those who control some of the major public and private institutions of West Germany..."; his associates pinpoint this undertaking with respect to leading politicians (Henry Kellermann), civil servants (John Herz), labor (Otto Kirchheimer), and business (Gabriel Almond).

With last week's triumph for Adenauer, thinking patterns of these leadership groups have become doubly important. Open party conflict between Christian Democrats and Socialists will mean little in the new Adenauer-dominated Bundestag. Rather, must one examine the interplay of opinions and personalities within the major German interest groups to find developing German policy.

The closing chapters, dealing with mass media and with polls and surveys, have been done by co-editor Phillips Davison, and this excellent summary of 10 years of polling in Germany has special value to students of current German politics.

The studies in this collection are uniformly well done. Each of the authors is an expert in the German field and each has written with precision and clarity.

Comments

This is an acute and refreshing piece of analysis and theorizing, not yet ripe for publication. The first 20 pages indeed could be printed very nearly as they stand: the three modals are good and the Austrian case is intriguing and incisive. But after that, though there are still penetrating bits, the whole becomes mistier--the brush strokes are so broad and their edges so indistinct that it is hard to see what the argument is and where it is heading. At times it seems inconsistent with things said earlier (as at the end when he speaks of the "classic" opposition on the continent, after making the point before that this was an English phenomenon that didn't transplant); at times it doesn't follow up an obvious lead previously given ("opposition of principle" on the continent in the 19th century was traced "decisively" to the fact that parliaments could not govern, but only maneuvered against the army, the bureaucracy, the church, etc; now they govern, in Germany and Austria, but no account is taken of that); most of the time you can't tell which countries and what types of parties are meant to be included in a general statement; (Has the classic opposition really waned in Britain? The author notes changes there, but I couldn't be sure of his answer); and there are very few of the pointed examples that make the earlier pages so telling.

Comments

I have read the article on the Waning of Opposition in Parliamentary Regimes. While I rather like such a think piece, to be good it needs to be very good, and this one, while intelligent and often suggestive is not quite up to publication. From page 21, where he takes up party systems, it clearly falls off in quality. It is perceptive to suggest that European parties have become more interest-oriented. This is certainly true of the Socialists. But is it true of European parties in general as compared, let us say, with the days of Giolitti? The author's vagueness leaves me interested but confused.

The author says that the classic opposition has been eroded because of the rise of interest-oriented groups (page 30). But as he shows in the earlier part of the paper, e.g. page 9, opposition on the classic model hardly existed in Europe in the old days, and precisely because certain parties were ideologically oriented. Indeed, from his account it appears that the only place the classic opposition really flourished was Britain. I hesitate to criticize harshly an author who has real perception, yet it seems to me that his thesis is either much too vague, or internally inconsistent.

Three cheers
for Mr. Herdener since
I sympathize with his indignation
over Kisch's German
Some Criticism of 'The Waning of Opposition in
Parliamentary Regimes'. G.

Some Criticism of 'The Waning of Opposition in
Parliamentary Regimes'.

Confusing terminology: ~~One~~ of the major weaknesses of the article is ~~the~~ the author's failure to present his concepts in terms which are sufficiently clear and unambiguous. There is a question as to whether the name he applies to anti-parliamentary opposition, ie opposition of principle, is very apt in the first place, but the reader becomes further confused when he encounters (p. 133) yet a further category, opposition for opposition's sake. Again, the author talks, at the very beginning, of the problem of institutionalizing the principles of opposition; but later (p. 133) he seems to be talking about something quite else when he introduces the term institutional opposition.

There are many other instances in which terms are used too ambiguously. Sometimes he speaks (p.12) of the "political system", leaving the reader in doubt whether this means "Kaisertum" or "parliamentary system". Similarly we read (p. 155) of a "revolutionary foreign policy". What is this animal? Does the author not simply mean 'alternative foreign policy'? Elsewhere, meaning is obscured by excess verbiage. Just how does it help the reader to be told that All governments operate within the limits and necessities of their period (p. 140) ? And won't he feel that the author could have presented a more straight forward formula tion than: multiparty coalitions government need not be congenitally weak..(but) multiparty government in the larger countries has more often than not been weak. Then somewhat further on we are told that European parliamentary parties (p153) are reducing their special ideological and material offerings, and are substituting instead a wide variety of everexpanding community services. We are puzzled. Just what are expanding community services if not material offerings?

Awkward and Ugly Formulations: Elsewhere, communication is made difficult by extremely awkward use of the English language. It is questionable whether the usefulness of terms like boners (p.131) and switchers (p. 139) justifies their use. More offensive yet are ugly shorthand formulations like present-day mass democracy dichotomy of conservatives and labor (p. 128). Also, wouldn't it be much nicer to say 'confidence by the opposition' rather than opposition confidence (p.129)? Then we come upon a languishing system of inter-party system and have to think a few minutes before concluding that author is talking about a "party system in which interparty competition languishes". Finally, it requires considerable tolerance on our part to agree with the author that ~~state authority radiates (p. 154) or that~~ someone or other can overrun the state machine (p. 153) or that a movement can remain glued to the spot (in space, on a line?) where ebbing energy deposited it (p. 147)

competition

p. 129

Dubious formulations : We now come to statements which it is difficult to accept even with the greatest tolerance for the author's (mis)-use of language. We are asked to believe, for instance that parliamentary government requires complete and unfaltering belief in the majority's sincerity by the minority; and are given the Tories' acquiescence in the abandonment of India as an example. A more unsentimental view would be that the Tories acquiesced not because of any degree of undying faith in Clem Attlee, but because they realized the action was inevitable; and that if Labour didn't do it, they would have to do it later on, ~~just~~ as they did in the case of Suez. *recovered*

p. 132

We wonder just what the author has in mind when he states that it is the intra-party opposition or irregulars who usually shout ~~and~~ for reformulations of principles of and goals. ~~h~~ the obvious examples that come to mind, ie Labour and the SPD. Is it the moderate majority leadership which has pressed for reformulations of fundamental party policy on issues like nationalization, which it has usually been the intra-party opposition which has shouted for retaining the old goals and aims?

p. 145

We are asked to accept the statement that cabinet ministers in multi-party governments try to exert independence of their groups.. and will ~~fall~~ in most eagerly with the higher ranks of the bureaucracy who might liberate him from the embraces and demands of his party. No ~~attempt~~ attempt is made to substantiate this by no means obvious statement.

p. 148

We are told that the consumption expectations of skilled workers, the middle ranks of the white-collar people and civil servants.. are identical Are we to accept this astounding statement also as self-evident?

p. 154

The author allows himself to wax yet more rhetorical when he makes the utterly unprovable ~~statement~~ statement that " A rollcall of contemporary politicians of many countries and parties would show only a tiny minority who could meaningfully relate the broad canvas of international politics to their domestic politics. This sentence almost deserves to be incorporated into the textbooks of semantics.

© G. Heidebremer

In re: Otto Kirchheimer's MAJORITIES AND MINORITIES IN WESTERN EUROPEAN GOVERNMENTS

The manuscript represents a most suggestive essay, reflecting the author's impressive knowledge, rich experience, circumspect and astute judgment and his power of conceptualization. In short it is a valuable contribution and certainly deserves your serious consideration for publication in the American Political Science Review.

If one may make some editorial remarks one might suggest a further structuring of the article which by breaking it up in separate sections may show more clearly the sequence and build-up of the argument. Such a procedure may also high light and crystallize the conceptual development during the last decade. For instance, the development of the "governmental party" in Italy and Germany on the semi-permanent minority status of the revolutionary party in France, Italy and elsewhere deserves a sharpening of the critical features within the democratic process. Especially in view of the author's careful observation of the scene and fruitful suggestions in some of his earlier writings, one might wish to see a more detailed discussion of the changing strategies of the radical mass-party in a non-revolutionary situation—its shifting role on the local level, its organizational differential among its rank and file, and its international involvements. Above all, it would be interesting

to have Otto Kirchheimer's balanced judgment on changing trends in a democratic party system, especially within the major parties in developing a two-party system, possibly away from the parties of integration to alliance of coalitions. These developments suggest some further fundamental questions and possible shifts to other areas of conflict than the hitherto prevailing economic social arena. The role of foreign affairs as a new shibboleth may be worth the author's consideration. Where the article leaves the reader somewhat at a loss it is possibly an indication of the present inconclusive plight of the party system in Western Europe. Apart from smaller changes which Kirchheimer would consider anyhow before publication (such as, the impact of recent events in DeGaulle's Fifth Republic, the Austrian elections and Bonn's pre-presidential party maneuvers) he might want to reconsider the title. While the first paragraph may indicate that he had planned on a further discussion of the relationship of party, parliament and executive in their majority-minority relation, I think the main argument of the article rests on the developing of the parties themselves.

From Reviews of Articles:

"Decree Powers and Constitutional Law in France under the Third Republic",
The American Political Science Review, vol. XXXIV, No. 6 (1940) pp. 1104-23

23 Journal of the Society of Comparative Legislation, p. 96, 3rd series,
1941, says, after a 3/4 page summary of the contents of this article:

"Mr. Kirchheimer's article is valuable not only on account of its wealth of documentation, but because it contains a very shrewd diagnosis of what was fundamentally unsound in the French regime of decree rule, viz., the growing inability of minorities to fight or even discuss a government policy."

"The Historical and Comparative Background of the Hatch Law", Public Policy (published by the Graduate School of Public Administration, Harvard University) vol. II (1941) pp. 342-373.

The Review of Politics, University of Notre Dame, vol. III (1941) No. 4, pp. 519-21 (1 1/2 pp.): "There remains finally Otto Kirchheimer's study on the Hatch Law and its background. This paper, based on a thorough knowledge of English, French, German and American developments, is of the highest scholarship. It is easily one of the best contributions to the problems of bureaucracy since Max Weber. The general problem of 'incompatibility' (or real separation of powers as distinguished from mythical conceptions) is unfolded in three directions ***" (follows 1 1/2 page outline of article). G. Meyer, University of Chicago.

American Bar Association Journal, March 1942, p. 181: "The second half of the book contains four papers of a more general interest. Suggestions of interest to the future of legal procedure are to be found especially in Kirchheimer's competent analysis of the Hatch Law." Glenn Negley, University of Illinois.

"Political Compromise", Studies in Philosophy and Social Science, vol. IX (1941) pp. 254-88.

In re: Germany. A Critical Bibliography of Books and Magazines
Articles on Germany, Vol. 1 (1941) No. 9, p. 3 (New York): "After having shown, by citing examples from the Third Republic in France and the Weimar Constitution, how political compromise operated during the liberal period and the epoch of 'mass democracy', the author analyzes thoroughly the changes which took place under national socialism. Fascist theory claims that the antagonism between state and society, and with it the compromise structure of the state, has permanently disappeared, and that there is no longer contradiction between the social content and political form of society. Kirchheimer sets out to demonstrate that actually the contradictions continue to prevail unabated and that only the form and structure of the compromise changed. This thesis is bolstered by ample evidence taken from German economic legislation and administrative practice. There is an excellent description of the methods of concentration through cartelization and elimination of less powerful competitors and the significance of this process. Cartelization reaches a logical conclusion in the final